

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Presseservice- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 8. Juni 1988

Blatt 1114

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Politik:

- Gedenktafeln erinnern an zerstörte Synagogen (1119/1120)
- FPÖ: Neues Wiener Wohnbauförderungsgesetz enttäuschend (1124)
- Edlinger: Neues Gesetz nimmt auf sozial Schwache Rücksicht (1124)

### Kommunal/Lokal:

- Smejkal zu Karlsplatz: Der eingeschlagene Weg ist richtig! (1115/FS: 7.6.)
- Neues VOR-Fahrplanbuch erschienen (1116/FS: 7.6.)
- Spenglerfirma behindert U 6-Bau (1117/FS: 7.6.)
- Einsatzmedaille für mutiges Eingreifen (1118/FS: 7.6.)
- Bandion: Optimale Vorbereitung von Entscheidungen im EDV-Bereich (1121)
- Wiener internationale Akademie für Ganzheitsmedizin (1122)
- Park auf den Denzelgründen wird eröffnet (1123)
- Heltau-Matinee in der Josefstadt (nur FS)



## **Smejkal zu Karlsplatz: Der eingeschlagene Weg ist richtig!**

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Der von der Stadt Wien eingeschlagene Weg, die Probleme am Karlsplatz zu lösen, sei richtig, sagte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Dienstag in der Pressekonferenz des Bürgermeisters. Erste Erfolge seien im bezug auf die beim Stadtgartenamt angebotenen Arbeitsplätze zu verzeichnen. Man werde auch weiterhin durch das Angebot von Arbeitsplätzen, Betreuung durch Sozialarbeiter und durch Hilfe bei der Unterbringung der Betroffenen zu helfen versuchen.

Verstärkte Kontrollen im bezug auf Drogen- und Medikamentenmißbrauch und -angebot seien vereinbart worden. Ab Herbst werde an den Wiener Pflichtschulen im Einvernehmen mit dem Stadtschulrat und mit Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher eine Aufklärungskampagne über den Mißbrauch von Medikamenten durchgeführt, die sich auch an die Eltern von Schülern richtet. (Schluß) jel/bs

Bereits am 7. Juni 1988  
über Fernschreiber ausgesendet



## Neues VOR-Fahrplanbuch erschienen

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Die neuen VOR-Fahrpläne, gültig seit 29. Mai 1988, sind wieder bei den gewohnten Verkaufsstellen erhältlich:

- Vorverkaufs- und Informationsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe
- Bahnhöfe der ÖBB im Verbundraum
- Bahnhöfe der Badner Bahn
- Viele Wiener Trafiken
- Bahnhofsbuchhandlungen.

Der Preis beträgt, inklusive Verkehrslinienplan „Wien“, 35 Schilling. Jahreskartenbesitzer können mit dem ihnen zugesandten Gutschein das Fahrplanbuch bei den genannten Verkaufsstellen zum Preis von 20 Schilling beziehen.

Das Fahrplanbuch enthält nicht nur die seit der letzten Ausgabe eingetretenen Änderungen — wie Fahrzeitverkürzung auf der „S 45“ um zwei Minuten, verbessertes Angebot auf der „R 18“ (Gänserndorf — Obersdorf), Verdichtung der Intervalle auf vielen Straßenbahnlinien und Einrichtung neuer Autobuslinien in Wien — sondern auch bereits die Fahrzeiten der Eisenbahnlinien, die erst ab 1. September 1988 zum VOR-Tarif benutzt werden können.

Auch einzeln ist der Verkehrslinienplan „Wien“ zum Preis von 10 Schilling erhältlich. Dieser Plan wird weiterhin in einer Sommer- und einer Winterausgabe erscheinen und die entsprechenden Neuerungen beinhalten. (Schluß) roh/gg

Bereits am 7. Juni 1988  
über Fernschreiber ausgesendet!



## Spenglerfirma behindert U 6-Bau

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Ein Spekulant, der sich auf Kosten der Steuerzahler bereichern will, blockiert derzeit den Weiterbau der U6 im Bereich Gaudenzdorf. Dies erklärte Dienstag Verkehrsstadtrat Johann HATZL im Pressegespräch des Bürgermeisters. Oberhalb eines Betriebes, der sich in einem der Stadtbahnbögen eingemietet hat, sollen Gleisbauarbeiten stattfinden und die Strecke saniert werden. Zum Schutz dieses Betriebes sollte ein Gerüst aufgestellt werden. Die Inhaber der Spenglerfirma „Bäck und Fischer“ haben nun auf dem Vorplatz des gemieteten Stadtbahn Bogens selbst ein Gerüst aufgestellt und sich daraufgesetzt, um die Arbeiten der Verkehrsbetriebe zu blockieren. Sie verlangen hohe Geldsummen für angebliche Nachteile, die ihnen entstanden sein sollen, von den Verkehrsbetrieben aber bestritten werden.

Schon seit 1982 laufen gerichtliche Verfahren gegen die Betriebsinhaber zur Räumung des Stadtbahn Bogens. Seitens der Verkehrsbetriebe wurden ihnen Abfertigungszahlungen, ein Ersatzquartier in Form von drei Stadtbahnbögen im Bereich Alser Straße und auch die Möglichkeit einer Betriebsuntersuchung mit Abgeltung des Verdienstentganges angeboten, wegen der hohen finanziellen Forderungen der Firma kam es aber zu keiner Einigung. Die Ersatzquartiere wurden abgelehnt. Nun versuchten die Verkehrsbetriebe, trotz der weiteren Anwesenheit der Firma, die Arbeiten an der U 6 fortzusetzen, indem auf Stehern, die außerhalb des Firmengeländes angebracht wurden, ein Schutzgerüst über das Firmengelände errichtet werden sollte. Dieses blockieren die Firmeninhaber derzeit unter Hinweis auf Rechte auf den Luftraum über den gemieteten Räumen. Sie verlangen Zahlungen unter anderem für die Zurverfügungstellung dieses Luftraumes, für Lärmbelästigungen, für angebliche Betriebsbehinderungen und dergleichen. Außerdem wird eine Ausweitung des Mietvertrages auf das Vorgelände des Stadtbahn Bogens verlangt, wo derzeit nur ein Zufahrtsrecht besteht. Stadtrat Hatzl dazu: „Wir können im Sinne der Steuerzahler den überhöhten Forderungen eines Spekulanten nicht nachgeben und werden einen anderen Weg finden müssen, um die Arbeiten fortzusetzen. Derzeit scheint jedoch der Fertigstellungstermin der U 6 gefährdet.“ (Schluß) roh/gg

Bereits am 7. Juni 1988  
über Fernschreiber ausgesendet!



## **Einsatzmedaille für mutiges Eingreifen**

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. Michael HÄUPL überreichte am Dienstag nachmittag die Einsatzmedaille des Landes Wien an Alfred SELEPA. Alfred Selepa hatte am 31. Dezember 1987 bemerkt, daß ein kleines Mädchen von einem Rottweiler angefallen wurde. Geistesgegenwärtig riß er den Hund von dem Mädchen weg und konnte ihn bis zum Eintreffen der Hundebesitzerin von dem Kind fernhalten, das bereits verletzt worden war. Selepa wurde im Kampf mit dem Hund ebenfalls verletzt. Für sein mutiges Eingreifen wurde er nun geehrt. (Schluß) du/bs

Bereits am 7. Juni 1988  
über Fernschreiber ausgesendet



## Gedenktafeln erinnern an zerstörte Synagogen

Wien, 8.6. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Aus Anlaß des 50. Jahrestages der Zerstörung der Wiener Synagogen durch das nationalsozialistische Gewaltregime im Jahr 1938 werden am kommenden Sonntag, dem 12. Juni, an vier Stellen in Wien, wo sich einst Synagogen befanden, Gedenktafeln enthüllt. In der berüchtigten „Reichskristallnacht“ (9./10. November 1938) wurden 49 Wiener Synagogen zerstört bzw. verwüstet. Nur der Seitentempel überstand die Katastrophe und konnte nach dem Krieg wieder instandgesetzt werden. Heute existieren in Wien insgesamt zwölf jüdische Andachtsstätten, abgesehen vom Stadttempel meist nur bescheidene Betstuben.



Die ehemalige Synagoge in Wien 16, Hubergasse

Der Bürgermeister, die Israelitische Kultusgemeinde und die Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich laden zu folgenden Veranstaltungen — Beginn jeweils 11 Uhr — ein:

Forts. auf Blatt 1120



• **Wien 2, Zirkusgasse 22**

(Hier befand sich der 1887 im maurischen Stil erbauten „Türkische Tempel“ der sephardischen Gemeinde.)

Es sprechen Oberrabbiner Paul Chaim EISENBERG, Univ.-Prof. Dr. Erika WEINZIERL, Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL

• **Wien 8, Neudeggasse 19**

(Hier befand sich eine 1903 in neugotischem Stil errichtete Synagoge).

Es sprechen Vizepräsident Dipl.-Ing. Edmund REISS, Dr. Klaus LOHRMANN, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK

• **Wien 16, Hubergasse 8**

(Die Synagoge in der Hubergasse war in einem renaissanceartigen Stil 1886 errichtet worden.)

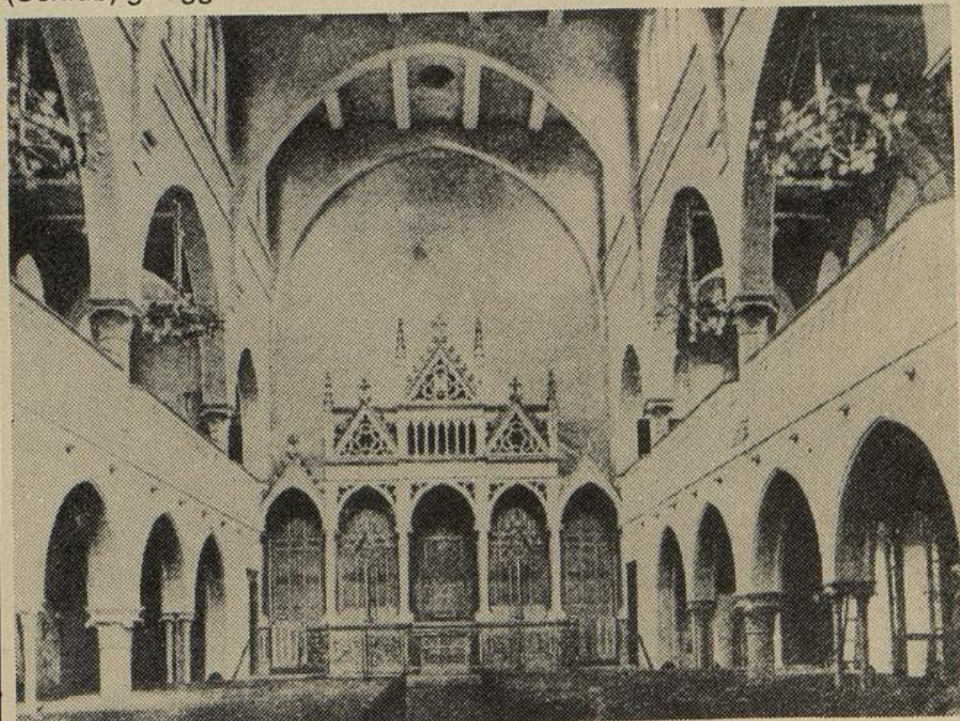
Es sprechen Präsident Paul GROSZ, Hofrat Dr. Franz DANIMANN, Stadtrat Dr. Michael HÄUPL

• **Wien 20, Kluckygasse 11**

(Die Synagoge war um die Jahrhundertwende gebaut worden.)

Es sprechen Vizepräsident Dr. Anton WINTER, Vizepräsident Kurt PORDES, Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN.

Den Abschluß der Veranstaltungen bildet jeweils das Kaddisch-Gebet. (Schluß) ger/gg



Die ehemalige Synagoge in der Neudeggasse, Innenansicht.



## **Bandion: Optimale Vorbereitung von Entscheidungen im EDV-Bereich**

### **200. Sitzung der EDV-Kommission**

Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION begrüßte dieser Tage im Wiener Rathaus die Mitglieder der Beratenden EDV-Kommission der Stadt Wien, die zu ihrer 200. Sitzung zusammentrat, und dankte ihnen für ihre Tätigkeit. Bandion unterstrich bei diesem Anlaß, daß es kaum einen anderen Bereich der kommunalen Entscheidungsfindung gibt, wo eine derart umfassende Diskussion und Vorbereitung erfolgt wie beim Einsatz der Elektronischen Datenverarbeitung. Die 13 Mitglieder dieser Kommission — ad personam bestellte leitende Beamte verschiedener Dienststellen — repräsentieren nicht nur spezielles Fachwissen auf dem Gebiet der EDV, sondern in ihrer Summe das Gesamtwissen des Magistrats. Durch diese Konstruktion ist es möglich, optimale und umfassende Entscheidungsgrundlagen in dieser schwierigen und in einer rasanten Entwicklung begriffenen Materie zu erarbeiten.

Die Beratende EDV-Kommission besteht seit 1972; seit 1977 führt Magistratsvizedirektor Dr. Alfred PEISCHL den Vorsitz. Sie befaßt sich mit allen Fragen der Automatischen Datenverarbeitung im Bereich des Magistrats. Zu ihren wichtigsten Aufgaben gehört die jährliche Fortschreibung des (1979 erstmals erstellten) mittelfristigen EDV-Konzepts. Eine bedeutende aktuelle Neuerung ist die Erstellung eines Systemisierungsplanes für EDV-Anlagen, der ab dem nächsten Jahr dem Voranschlag der Stadt Wien angeschlossen sein wird, um vor allem die Information der politischen Entscheidungsträger über den EDV-Einsatz im Bereich der Stadt Wien noch weiter zu erhöhen. (Schluß) ger/gg



## **Wiener Internationale Akademie für Ganzheitsmedizin gegründet**

**Gründungsversammlung in Oberlaa -  
Gesundheitsstadtrat Stacher zum Präsidenten gewählt**

Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Im Tourotel in Wien-Oberlaa fand am Dienstagabend die Gründungsversammlung der „Wiener Internationalen Akademie für Ganzheitsmedizin“ statt. Die Schaffung einer solchen Akademie ist die logische Konsequenz aus den Erfahrungen des im vergangenen Jahr von der Wiener Holding und der Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien veranstalteten Symposions über Ganzheitsmedizin, das weit über die Grenzen Österreichs hinaus große Beachtung gefunden hat.

Zweck der Akademie, die ihren Sitz in Oberlaa haben wird, ist die Förderung von Wissenschafts- und Gesundheitspflege im Bereich der Ganzheitsmedizin, wobei unter „Ganzheitsmedizin“ im Sinne der Akademie alle Sparten der Medizin, sowohl naturwissenschaftliche als auch komplementäre Methoden der Erfahrungsheilkunde, verstanden werden.

Erreicht werden soll dieser Zweck insbesondere durch die Errichtung, den Betrieb und die Finanzierung einer Fortbildungseinheit auf dem Gebiet der Ganzheitsmedizin, durch die Durchführung von Seminaren und Kursen für Interessenten, die Durchführung von Forschungsvorhaben sowie sonstiger wissenschaftlicher Untersuchungen durch nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch, durch die Abhaltung nationaler und internationaler wissenschaftlicher Veranstaltungen sowie durch die Herausgabe von Publikationen.

Eine Zusammenarbeit mit einschlägigen medizinischen Gesellschaften wird angestrebt. Die Tätigkeit der Akademie ist gemeinnützig und nicht auf Gewinn gerichtet.

Bei der Gründungsversammlung wurde der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER zum Präsidenten der Wiener Internationalen Akademie für Ganzheitsmedizin gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, und der Rechtsdirektor der Wiener Holding, Dr. Kurt MAZANEK, bestellt. (Schluß) wh/bs



## **Park auf den Denzelgründen wird eröffnet**

Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR eröffnet am Freitag, dem 10. Juni, um 14 Uhr, in Anwesenheit von Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL und Bezirksvorsteher Mag. Kurt PINT den neuen Park auf den ehemaligen „Denzelgründen“, Wien 6, Linke Wienzeile 24-32. In diesem dichtverbauten Stadtgebiet kommt dem neuen Park, an dessen Entstehen eine Bürgerinitiative entscheidend mitgewirkt hat, große Bedeutung für die Erholung der Anrainer zu. Der „Denzelpark“ weist auf einer Fläche von rund 9.000 Quadratmetern sowohl eine Ruhezone als auch einen Spielbereich mit Ballspielplatz, Jugend- und Kleinkinderspielplatz auf. Unter den alten Bäumen befindet sich ein Trinkbrunnen. Die Bauzeit für den neuen Park betrug rund zwei Jahre, die Kosten belaufen sich auf ca. 7.500.000 Schilling. Im Rahmen der Parkeröffnung gibt es auch ein kleines Fest mit Blasmusik, Heurigem und Grill, Kinderaktionen, sowie den Blumenbus. (Schluß) du/bs



## **FPÖ: Neues Wiener Wohnbauförderungsgesetz enttäuschend**

Wien, 8.6. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Enttäuscht vom Entwurf des neuen Wiener Wohnbauförderungsgesetzes zeigte sich Mittwoch FPÖ-Stadtrat Dr. Rainer PAWKOWICZ. In einem Pressegespräch kritisierte er, daß der Entwurf neben einer gewissen Eigentumsfeindlichkeit eine deutliche Familienfeindlichkeit zeige und eine „Festschreibung des verpolitisierten Wohnungswesens“ in Wien bedeute.

Dr. Pawkowicz forderte einen Rechtsanspruch auf Wohnbauförderung und eine Favorisierung der Subjektförderung gegenüber der Objektförderung etwa in Form eines „Wohnbauschecks“. Schließlich verlangte Pawkowicz eine verstärkte Kontrolle der Wohnbauträger etwa durch das Kontrollamt der Stadt Wien. (Schluß) ah/bs

## **Edlinger: Neues Gesetz nimmt auf sozial Schwache Rücksicht**

Wien, 8.6. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Das neue Wohnbauförderungsgesetz nehme in vielen Punkten besondere Rücksicht auf sozial Schwächere, insbesondere im Bereich der Subjektförderung, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER als Reaktion auf die Kritik der FPÖ am Gesetzesentwurf.

Das neue Gesetz sei keineswegs familienfeindlich, da die angemessene Wohnnutzfläche für eine Person mit 50 Quadratmeter, für die zweite mit weiteren 20 Quadratmetern und für jede weitere Person mit zusätzlichen 10 Quadratmetern definiere. Auch ein „Wohnbauscheck“ würde eine Verschlechterung der Förderung für Familien bedeuten: erstens wäre dies in Summe eine schlechtere Förderung als bisher, zweitens entstünde eine hohe Belastung durch die Restfinanzierung über den Kapitalmarkt. Gerade kinderreiche Familien wären gezwungen, in kleine und leistbare Wohnungen zu ziehen, meinte Edlinger. Es stimme darüber hinaus nicht, daß nur die Stadt Wien oder parteinahe Wohnbaugenossenschaften Förderung bekommen könnten. Das neue Gesetz eröffnet Möglichkeiten für neue und andere Wohnmodelle. Schließlich sprach sich Edlinger gegen eine Kapitalanlage in Form von Eigentum an Wohnungen aus, die durch die Steuergelder aller finanziert wird. (Schluß) ah/bs